

Soziale Arbeit zwischen lokalen Herausforderungen und internationalen Trends

Walter Lorenz, Universität Bozen

Diese Tagung hat sich ein bedeutsames Ziel gesetzt, nämlich die Fähigkeiten der sozialen Dienste zu untersuchen, wie sie sich auf unterschiedliche Bedürfnisse von Nutzerinnen dieser Dienste im Lebenszyklus einlassen können, und zu untersuchen, und zwar im internationalen Vergleich, wie sich einheitliche, universale Standards mit der Berücksichtigung besonderer in besonderen Lebenslagen und besonderen historischen und kulturellen Bedürfnisse vermitteln lassen. Diese Frage wird selten, zu selten, gestellt und schon gar nicht auf einem vergleichenden internationalen Hintergrund. Erst dieser und die dabei gleich zutage tretende Relativität macht aber deutlich, dass es sich dabei um eine höchst komplexe Relation handelt, bei der keineswegs davon ausgegangen werden kann, dass Lebenslauf gleichzusetzen wäre mit dem biologischen Reifungs- und Alterungsprozess. Im Gegenteil, man kann dadurch klarer erkennen, dass Bedürfnisse immer nur in sozial konstruierter Form wahr genommen werden bzw. dass die sozialen Dienste einen wesentlichen Beitrag zu diesem Definitionsprozess und somit auch zur Definition der Phasen des Lebenslaufs und ihrer Bedeutung im gesamtgesellschaftlichen Kontext liefern.

Dabei kommt als zusätzliche Komplikation hinzu, dass die Arbeitsweise und Orientierung der sozialen Dienste bei dieser Definitionsarbeit nicht ausschliesslich, und vielleicht gar nicht wesentlich, von der Methodik der Sozialen Arbeit bestimmt sind. Es sieht oft so aus, als ob sich die angemessene Methode im Bereich des Kinderschutzes etwa oder im Behindertenbereich rein an der wissenschaftlichen Erfassung psychologischer Faktoren der Entwicklungsstufen oder der kognitiven Fähigkeiten orientieren würde. Das mag in gewisser Weise für die Bereiche der Psychologie und der Therapie gelten, obwohl auch da Einschränkungen sichtbar werden bei genauerem Hinsehen, kann aber für die Soziale Arbeit nur ein Bezugspunkt unter vielen anderen sein. Vielmehr steht ihre Methodik, in all ihren verwirrend unübersichtlichen Varianten der Berufstitel und Methodendiskurse, immer in direktem Bezug zu der Sozialpolitik eines Landes. Diese Beziehung ist nicht linear zu verstehen, als ob es der Sozialpolitik

gelänge, unmittelbar auf die Arbeitsweise der Sozialen Arbeit Einfluss zu nehmen und ihr die entsprechende Methodik vorzuschreiben. Diese hat sich überall zumindest soweit professionalisiert, dass sie diese unmittelbare Beeinflussung abwehren oder zumindest in Frage stellen konnte. Aber gerade diese ständige Einflussnahme macht sozialpolitische Herausforderungen zu unmittelbaren methodologischen Aufgaben. Das heisst also, die Relativität von Bedürfnissen und ihrer Artikulierung ist nicht nur kulturell bedingt, sondern bringt unmittelbar politische Gesichtspunkte und Entscheidungen mit in Erwägung. Bei der Frage etwa, welche Art der Fremdunterbringung eines Kindes, das von den Eltern misshandelt wurde, am ehesten in Frage käme, spielen die Bedürfnisse des Kindes, seiner psychologischen Entwicklungsstufe und dem Grad seiner Traumatisierung entsprechend, sicher eine zentrale Rolle, aber eben nie die ausschliessliche. Manche Kinder mussten, gerade aufgrund ihrer Misshandlung, Bewältigungsstrategien entwickeln, die ihrem chronologischen Alter weit vorausgreifen, die auch möglicherweise die Normen einer Gesellschaft bezüglich eines für eine bestimmte Kindheitsstufe entsprechenden Verhaltens verletzen. Es wäre daher unverantwortlich, sie wegen dieser „Normenverletzung“ auf ihren chronologischen Entwicklungsstand zurücksetzen zu wollen etwa durch Unterbringung bei Pflegeeltern, die für dieses vorschnelle Erwachsensein kein Verständnis aufbringen, die das Kind nur in seinem Trauma und nicht auch in seinen Kapazitäten wahrnehmen. Vor allem müssen sowohl das betreffende Kind als auch die Pflegeeltern (oder das Personal einer Einrichtung der Heimerziehung) darauf vorbereitet werden, dass sie auch mit Konflikten rechnen müssen, die ihren Ursprung nicht in der psychologischen Konstitution des Kindes haben. Und was für einzelne Pflegefamilien und Heime gilt, gilt ebenso manchmal für ganze Soziale Dienste und deren organisatorische Defizitorientierung, die die Eigenleistung von Nutzerinnen deshalb nicht anerkennen können, weil diese sich mit den Normen der Gesellschaft nicht decken. Soziale Dienste stehen also immer vor einer doppelten Aufgabe, der Diagnose universaler Bedürfnisse, differenziert nach Lebensphase, und deren Wertung im Kontext einer kulturspezifischen Öffentlichkeit (sowie deren Niederschlag in den Erwartungen und Haltungen Einzelner).

Dieses Verhältnis zwischen Methodik der Sozialen Arbeit und Sozialpolitik möchte ich nun im folgenden in Parallele setzen zu dem Verhältnis lokaler Herausforderungen und dem Druck internationaler Trends, das ja die Spannung zwischen Partikularität und Universalität auf sozialpolitischer Ebene noch einmal verstärkt und somit ein wichtiges heuristisches Instrument liefern kann. Ich möchte anhand einiger Bereiche der Sozialen Arbeit, und zwar der **Behindertenarbeit**, der **Kinder- und Jugendhilfe**, der **Arbeitslosenunterstützung**, und der Dienste für **Senioren** dieses doppelte Spannungsverhältnis untersuchen, um besser zu verstehen, in welchem dynamischen Kräftefeld die sozialarbeiterische Methodik anzusiedeln ist. Ich kann mir dabei nicht anmassen, detaillierte Kenntnisse auf all diesen Gebieten von allen europäischen Ländern zu besitzen, aber ich glaube einige wesentliche Tendenzen hypothesenartig in meiner Analyse identifizieren zu können.

Wie das gestellte Thema andeutet, sind sozialpolitische Tendenzen in Europa heute von einer fundamentalen Spannung gekennzeichnet, nämlich von der Diskrepanz zwischen der immer nachdrücklicher und differenzierter geführten Diskussion um die präzise Erfassung lokaler und partikulärer, klientengruppenspezifischer Bedürfnisse, und einem ebenso deutlichen Druck zur Konvergenz sozialpolitischer Reformen in ganz Europa in Richtung Neoliberalismus, also zur Vermarktung, die eben Bedürfnisse nur unter einem ganz speziellen Aspekt aufkommen lässt. Die Prinzipien, nach denen sich Sozialpolitik praktisch in jedem Land zu orientieren scheint, sind **organisatorisch** gesehen die des Abbaus staatlicher Dienstleistungen durch finanzielle Kürzungen und ihrer Verlagerung auf private, dezentralisierte und zumindest in der Budgetierung ihrer Leistungen autonomen Einheiten, wodurch die Kosteneffizienz gesteigert werden sollte; unter **ideologischen** Gesichtspunkten ist es der Vormarsch von Prinzipien der Aktivierung, der Einforderung von Eigenleistungen bei der Bewältigung sozialer Probleme, und dies auf dem Hintergrund einer starken Individualisierung der „Dienstleistungspakete“, die es auszuhandeln gilt. Methodisch tritt dabei das Konzept des Sozialmanagement in den Vordergrund, das sich als neuer Methodenansatz präsentiert, man könnte auch sagen verkleidet, während es in Wirklichkeit genau die von der Sozialpolitik geschaffene Marktlücke willig und weitgehend unkritisch deckt ohne die Notwendigkeit einer

eigentlichen, eigenständigen methodologischen Reflexion. Im Konzept des Management werden scheinbar die Widersprüche zwischen stärkerer Individualisierung und gleichzeitig stärkerer universaler Kontrolle quasi aufgehoben.

Dies vermag aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich überall eine Grunddynamik für die sozialen Dienste manifestiert, die von einem fundamentalen Widerspruch geprägt ist. Einerseits wird von politischer Seite die Mitverantwortung lokal organisierter Sozialdienste an der Gestaltung ihrer Ziele und Verfahrensweisen betont und gefördert, was wohl Möglichkeiten der präziseren, differenzierteren Artikulation von Bedürfnissen bisher oft über einen Kamm geschertter Klientengruppen schafft. Andererseits zieht sich die Sozialpolitik zurück aus der Verantwortung für die Wahrung distributiver Gerechtigkeit zurück, was der Lokalisierung und Partikularisierung ein erhöhtes Konfliktpotential verleiht. Gruppen Betroffener und ihrer Angehörigen, Nachbarschaften, die sich zu einer Thematik organisieren, private Initiativen und NGOs werden unmittelbar in Konflikte um die Verteilung der zur Erfüllung der präziser artikulierten Bedürfnisse nötigen Ressourcen hineingezogen und müssen sich sowohl den öffentlichen Geldgebern gegenüber, als auch im Wettbewerb untereinander behaupten, ohne dass die nötigen politischen Foren zur Aushandlung dieser Konflikte und die entsprechenden politischen Strukturen bereitgestellt werden. Im Gegenteil, die demokratischen Formen der Aushandlung, die Teil der „von unten“ entstandenen Forderungen nach grösserer Autonomie und Selbstrepräsentation von Benutzergruppen waren, werden zunehmend durch top-down Inspektions- und Kontrollstrukturen ersetzt. Zwei zentrale Steuerungsinstrumente kommen damit zur Anwendung, nämlich zum einen der ökonomische Marktmechanismus, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob dieser im sozialen Bereich überhaupt funktionieren könnte. Dass er nicht funktionieren kann, ist mittlerweile ziemlich deutlich geworden, wobei diese Einsicht aber wiederum nicht zur Wiedereinführung politischer Steuerungsmechanismen führt. Vielmehr wird ein zweiter Steuerungsmechanismus aufgebaut in der Form quasi-unabhängiger Organe der Akkreditierung und des controlling, die zwar der Eigendynamik des Markts gewisse Grenzen setzen (etwa in Bezug auf Kartellbildung und dem befürchteten ‚race to the

bottom' der Billiganbieter), aber nicht die politischen Kriterien der Gleichheit und Gerechtigkeit verkörpern können.

Daher kann gar nicht mehr von einem „Entweder – Oder“ zwischen lokalen und internationalen Perspektiven und Entwicklungen gesprochen werden, sondern der Blick auf lokale Phänomene führt unmittelbar zur Frage nach der Natur dieses komplexen Zusammenspiels von Faktoren, die vor allem in der methodischen Reflexion der Sozialen Arbeit aufgearbeitet werden müssen. Die Trennung zwischen personaler und struktureller Ebene, die fundamentale Kategorisierung von case work, group work und community work, sind endgültig überholt, auch wenn sich der Druck erhöht, diese Unterscheidungen wieder zu aktivieren und die Soziale Arbeit auf einen politisch unverfänglichen Funktionalismus zu reduzieren. Vielmehr ist gerade die neue, in ganz Europa auf lokaler Ebene sich manifestierende Herausforderung diejenige, die lokale und ebenso die persönliche Ebene nicht als Rückzugspunkt aus einer heillos unübersichtlich gewordenen Welt zu betrachten, als Inseln der Gemeinschaften, vor deren Küste die Globalisierung Halt gemacht hat, sondern als den eigentlichen Austragungsort der durch massive globale Veränderungen ökonomischer und politischer Beziehungen ausgelösten Konflikte, die dann allerdings in den jeweiligen Lebenslagen und Altersphasen der Betroffenen ihre besonderen Auswirkungen zeitigen. Die Methodik der Sozialen Arbeit kann sich weder auf feste psychologische oder biologische Gegebenheiten noch auf die von der Sozialpolitik definierten Zielsetzungen zurückziehen, sondern die Relativität dieser Bezugspunkte erst einmal herausstellen, ohne sich von dieser Relativität wiederum paralisieren zu lassen.

Illustrieren möchte ich das zunächst mit einigen Beobachtungen aus dem Bereich der Behindertenarbeit. Hier haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten die Dienstleistungen und die Interventionsmethoden oft fundamental verändert. Ausgelöst wurden diese Veränderungen durch die Entstehung zahlreicher Selbsthilfeinitiativen mit dem Ziel, Betroffenen die Möglichkeit zu schaffen, ihre eigenen Bedürfnisse auszudrücken und darüber hinaus das öffentliche Bild ihrer Identität als durch negative Merkmale des Angewiesenseins auf Hilfe geprägt zu korrigieren in Richtung auf das von Menschen, die

ihren Alltag unter erschwerten Bedingungen bewältigen. Die meisten dieser Initiativen haben lokale Ursprünge und bringen auch entsprechende territorial spezifische Organisationen hervor. Gleichzeitig entsteht aber unter ihnen eine bedeutsame internationale Vernetzung, wie sie etwa durch Bewegungen wie „people first“ oder „independent living“ repräsentiert werden. Diese haben eine gemeinsame Aufgabe erkannt, die mit der öffentlichen Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderungen zu tun hat und die diese auch auf hoher politischer und kultureller Ebene vorantreibt, etwa in den „Special Olympics“. Gleichzeitig lösen diese Initiativen aber Konflikte aus, zum einen zwischen Selbsthilfe der neuen Art und den traditionellen Wohlfahrtsorganisationen der „Behindertenpflege“, die sich teilweise durch Ansprüche der Selbstrepräsentation verunsichert fühlen (und gleichzeitig auf sozialpolitischer Ebene unter Druck geraten, ihren privilegierten sozialpolitischen Status aufzugeben und sich stärker dem Wettbewerb marktorientierter Dienstleistungsangebote auszusetzen, unter denen Selbsthilfegruppen eine Rolle spielen). Zum anderen betreffen diese Konflikte das Verhältnis zwischen neuen Initiativen und öffentlichen Diensten und Verwaltungsabteilungen, Diese sind im Zuge der Dezentralisierung geneigt und angehalten, Selbsthilfeinitiativen stärker zu fördern und zu involvieren und ihrem Bedarf nach Eigenvertretung und Eigenverantwortung entgegenzukommen. Gleichzeitig aber verschärfen sich die Bedingungen, unter denen auch die tatsächliche Verantwortung für eigene Budgetierung ihnen übertragen werden kann. In vielen Fällen bringt gerade dies wieder Einschränkungen in der Zielsetzung mit sich, so dass nur bestimmte Ziele verwirklicht werden können, dass z.B. auch Mitarbeiterinnen nur eingestellt werden können, wenn diese entsprechende professionelle Qualifikationen besitzen. Dadurch wird also der lokale Entscheidungsradius wieder erheblich eingeschränkt und die Abhängigkeit von nationalen Rahmenbedingungen wird in vielen Fällen umso deutlicher. Zudem zeigt sich in diesen Spannungsverhältnissen wieder voll der Charakter des jeweiligen Wohlfahrtsregimes eines Landes, und dies trotz der scheinbaren Konvergenz sozialpolitischer Tendenzen. Es macht noch immer einen entscheidenden Unterschied aus, ob die in diesem Bereich und an diesem Beispiel auftretenden Spannungen sich im korporatistischen Kontext Deutschlands abspielen und also die Vormachtstellung der grossen Wohlfahrtseinrichtungen herausfordern, die sich mit dem Staat zu gegenseitigem

Nutzen arrangiert haben, oder in einem schon von Liberalismus beeinflussten Kontext, der traditioneller Weise den Kontrast zwischen Zivilgesellschaft und Staat stärker akzentuiert. Am langsamsten fassen diese Initiativen in sozialdemokratischen sozialpolitischen Systemen Fuss, da sie dort am deutlichsten die Transformation des sozialpolitischen Systems bewusstmachen würden und ein neuer Weg der Akkommodation gefunden werden muss. Die Frage, ob Sonderschulen für Kinder mit Behinderungen grundsätzlich besser sind als integrierte Schulen, wie sie etwa schon seit Jahrzehnten in Italien bestehen, lässt sich eben nicht grundsätzlich beantworten, ebenso wenig wie die der besten Form der Arbeitsintegration von Erwachsenen mit Behinderungen, in geschützten Werkstätten oder auf dem offenen Arbeitsmarkt. Eine spezifische lebenslaufbezogene Orientierung kann erst aus der Konfrontation mit internationalen Tendenzen erarbeitet werden.

Auf ähnliche Weise lassen sich unterschiedliche Auswirkungen der Veränderungen in sozialpolitischen Rahmenbedingungen im Bereich Kinder- und Jugendhilfe identifizieren. Hier steht verständlicherweise nicht die Autonomisierung der Betroffenen im Mittelpunkt, obwohl zahlreiche Reformen der Kinder- und Jugendgesetze in den letzten Jahren die Mitbeteiligung von Kindern an sie betreffenden Entscheidungen mit ins Spiel brachten. Insgesamt aber geht die Tendenz aber in Richtung auf ein methodisches Planen und Vorgehen, das von den Bedürfnissen von Kindern ausgeht und diese zum zentralen Entscheidungskriterium erklärt. Das beinhaltet z.B. die Berücksichtigung des Bedürfnisses nach festen und verlässlichen Bindungen, die in vielen Fällen von Geburtse Eltern am besten gewährleistet werden als von Institutionen, auch wenn Eltern den Kindern Schaden zugefügt haben. In den meisten Ländern leitete dieser Grundgedanke den Abbau von Kinderheimplätzen ein und eine stärkere Betonung von Pflegeverhältnissen, auch im Verwandtenbereich. Diese von wissenschaftlichen Daten geleitete Tendenz fällt nun aber für die Behörden bequemer Weise zusammen mit Kosteneinsparungen, die auf diese Weise erzielt werden können, vor allem da die Kosten der Heimerziehung erheblich stiegen mit der Rückzug religiöser Einrichtungen aus diesem Dienstleistungsbereich. Gleichzeitig entstehen aber unter Vorzeichen neoliberaler Marktprinzipien institutionelle Angebote, die teilweise höchst spezialisierte

Therapieformen zur Anwendung bringen. Sie können dem sozialpolitischen Bedarf nach klaren output Kriterien viel eher entsprechen als die eher bewahrende, akzeptierende und generell stabilisierende Ausrichtung von Pflegeunterbringungen bei Pflegeeltern, Verwandten und die Rückführung zur Ursprungsfamilie. Daraus entstehen für die Soziale Arbeit Dilemmata, die in dieser Schärfe noch nie aufgetreten waren in der Geschichte der Methodik: Gerade in dem Moment, in dem die Gesellschaft die Subjekthaftigkeit von Kindern stärker anerkennt und die kognitiven und emotionalen Besonderheiten von Kindern und Jugendlichen nicht mehr zum automatischen Anlass ihrer Entmündigung macht, melden sich neue Mechanismen der Bevormundung und der sozialen Kontrolle, und zwar in der Form einer einflussreichen Koalition zwischen von Positivismus beeinflussten Wissenschaftlichkeit („what works“) und der politischen Bevorzugung der Kosteneffizienzsteigerung durch Management Methoden. So werden auch teilweise höhere Ausgaben für prestigeträchtige Interventionsmethoden der Verhaltensänderung gerechtfertigt mit dem Hinweis auf wissenschaftliche Beweise ihrer Effizienz, ohne dass Kinder und Jugendliche selbst an diesen Entscheidungen mehr beteiligt würden. Die Möglichkeiten eines stärkeren Lebenslaufbezugs bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen werden also nicht durch die Fortschritte wissenschaftlicher Erkenntnisse bezüglich ihrer Bedürfnisse allen und automatisch geschaffen. Vielmehr müssen diese erst im entsprechenden sozialpolitischen Kontext formuliert und in ihrer Wirksamkeit freigesetzt werden, um dann wiederum in kritisch differenzierte Einzelentscheidungen umgesetzt zu werden. Das Denken vom Kind als Person aus lässt sich also nicht in universale Maximen für die sozialarbeiterische Arbeit mit Kindern umsetzen, obwohl gerade in diesem Bereich noch sehr viel lokal Relevantes aus Projekten der internationalen Zusammenarbeit abzuleiten wäre. Fälle wie der Tod des Kindes Kevin in Bremen, dessen Leiche trotz Überwachung seiner Unterbringung beim substanzabhängigen Vater in dessen Kühlschrank gefunden wurde, beschäftigten die Sozialdienste Grossbritanniens schon seit Jahrzehnten und führten dort zu drastischen Erneuerungen der Überwachungsmechanismen – deren soziale Kosten aber wiederum erst im detaillierten internationalen Vergleich voll eingeschätzt werden können. Auch auf diesem Bereich erweist sich der sozialpolitische Rahmen eines Landes wiederum als erstaunlich einflussreich.

Ähnlich akut und spannungsgeladen stellt sich der Bereich der Sozialarbeit mit Arbeitslosen dar. Die massive Krise der Arbeitslosigkeit, die mehr oder weniger alle Länder Europas betraf im Vorfeld und als Auswirkung der ökonomischen Strategien der Globalisierung, stellte die Soziale Arbeit zunächst einmal vor eine mit ihren Mitteln nicht zu bewältigende Aufgabe, was dann auch zur Folge hatte, dass dieser Bereich marginalisiert wurde. Aktiv war die Soziale Arbeit zunächst vor allem in der Form der Gemeinwesenarbeit, zur Förderung kreativer Selbsthilfeprojekte, wie sie auch heute noch in verschiedenen Formen der *economie sociale* oder der Sozialgenossenschaften weiterwirken. Die in diesem Bereich Tätigen haben methodologisch und organisatorisch keinen leichten Stand, da sie unwillkürlich die politischen Ursachen der Arbeitslosigkeit stärker betonen als die persönlichen Unzulänglichkeiten der Betroffenen ⁸was ja z.B. die EU Initiative zur Bekämpfung der Armut bei einigen Landesregierungen, wie der Bundesrepublik, sehr unbeliebt machten. Im letzten Jahrzehnt wurde jedoch die sozialarbeiterische Mitarbeit bei öffentlichen (und an private Träger delegierten) Projekten der Aktivierung überraschend stark gefragt. Das Erstaunliche dabei ist, dass die methodischen Schlagwörter, die dabei richtunggebend werden, erstaunliche Ähnlichkeiten mit denen der „Rebellen“ aus der Gemeinwesenarbeit aufweisen: Eigeninitiative, Selbstverwirklichung, empowerment – nur stehen sie unter dem sozialpolitischen Vorzeichen der Transformation der sozialen Sicherung von einem Sicherheitsnetz in das berühmte Trampolin, in Deutschland durch Hartz IV verkörpert. Aktivierung, Hilfe zur Selbsthilfe gilt als universaler Massstab, den die soziale Arbeit nun universell durchsetzen helfen soll. Dabei ist das Eingehen auf lebensgeschichtliche und lokale Bedürfnisse äusserst reduziert und nur noch unter dem Gesichtspunkt gefragt, dass die verschiedenen Betroffenenengruppen damit eben besonderen Programmen der Umschulung zugewiesen werden sollen.

Interessanterweise meldete sich gegen diese Politik (oder Methodik) der Aktivierung der Widerstand in Kreisen der Sozialen Arbeit, wie auch der allgemeinen Bevölkerung, auf ganz unterschiedliche Weise, wiederum in Korrespondenz zur vorherrschenden sozialpolitischen Tradition eines Landes. Im Stammland des Liberalismus, dem Vereinigten Königreich, wurde er vehement artikuliert, führte aber insgesamt zu einer

stärkeren Aufspaltung von eigenständig geführten Projekten und offiziellen Initiativen, die von vorne herein mit grossem Misstrauen betrachtet wurden. Die Diskussion in korporatistischen „Bismarckländern“ war zwar vergleichsmässig auch heftig, aber gemildert dadurch, dass viele alternative Projekte im Bereich der Wohlfahrtsverbände entstanden, die sich mit der offiziellen Politik zu arrangieren suchten und sich dadurch für ihr Fortbestehen Vorteile erhoffen. In skandinavischen Ländern geht man dagegen immer noch davon aus, dass auch die stärkere Betonung der Eigeninitiative bei der Arbeitssuche und Umstellung auf neue Arbeitsbereiche und – formen nicht einen grundsätzlichen Bruch mit der sozialbürgerschaftlichen Tradition darstelle, also kein grundsätzliches Misstrauensvotum gegenüber den Arbeitslosen ausdrücke, sondern immer noch ein Element der Investition in sein oder ihr soziales Potential. Lokale Unterschiede zeigen sich also mithin nicht willkürlich, sondern in bestimmten Bahnen bestehender politischer Kulturen, die auch im Widerstand methodisch ausgenutzt werden können.

Der Bereich der Altenarbeit schliesslich stellt vielleicht die grösste Herausforderung für die soziale Arbeit dar, vor allem weil dieser Bereich methodisch fast völlig vernachlässigt und an die sanitären Professionen delegiert wurde, die nun wiederum durch ihren „Vormarsch“ in die sozialen Dimensionen der Seniorenarbeit die Soziale Arbeit in Aufruhr versetzen. Die Soziale Arbeit hat es weitgehend versäumt, sich diesem Bereich systematisch und unter Anwendung ihrer Kernkompetenzen zu widmen, obwohl es gerade dazu etwa aus der Perspektive der Trauerarbeit, der Ich-Findung, der systemischen Netzwerkarbeit, des empowerment und der ganzen pädagogischen Tradition hätte beitragen können. Dieses mangelnde Engagement hat hauptsächlich sozialpolitische Gründe und manifestierte sich auch mit ziemlicher Gleichförmigkeit international, was an und für sich schon erstaunlich ist. Ähnlich wie im Bereich der Aktivierung mit Arbeitslosen meldet sich nun aber die Sozialpolitik massiv, aber indem sie gleichzeitig eine neue Berufsgruppe vorzeichnet, der sich die Soziale Arbeit an- und vielleicht sogar eingliedern muss, wenn sie in diesem Bereich etwas zu sagen haben will. Am deutlichsten wird dies im Liberalismus Grossbritanniens, wo stillschweigend eine neue Berufsgruppe geschaffen wurde unter der Bezeichnung „social care“, die eben den

sozialen Pflegebereich umfassen soll und damit auch die Sozialarbeit mit einschliesst, ohne dass dies im eigentlichen Sinn thematisiert werden könnte oder sollte. Statt methodologischer Debatten dominiert auf diesem Gebiet die Beschäftigung mit Standards, also mit Kompetenzkatalogen, die festlegen, nach welchen Kriterien die entsprechenden Funktionen erfüllt werden sollten – und dies ungeachtet der Berufsgruppe, die sie ausübt. Solange bestimmte Handlungen zu bestimmten Qualitätskriterien ausgeführt sind – also etwa in Bereichen der körperlichen Pflege, der kognitiven Stimulierung, der emotionalen Anpassung auf neue Situationen, - ist allein das Resultat, der outcome, entscheidend und nicht die Qualifikation der diese Funktionen Ausübenden. Sozialpolitisch gesehen finden diese Transformationen des Sektors im Zeichen der auf verschiedene Weise interpretierten Pflegeversicherung statt, das heisst in den meisten Ländern, die sich der ungeheuren Kosten bewusst werden, die im Bereich der Altersversorgung anstehen, dass dem exponentialen Wachstum der Kosten nur dadurch begegnet werden könne, dass Kostenobergrenzen eingeführt werden, innerhalb derer dann Leistungen nach diesen Normen vorgesehen sind. Diese Leistungsbänder werden aber in verschiedenen Ländern, die diesbezügliche Reformen durchführen, dahingehend interpretiert, dass sie die festgelegten Geldbeträge den Betroffenen in bar – oder in einer Mischung von Bargeld und Gutscheinen – zur Verfügung stellen und diese damit entsprechende Leistungen einkaufen können. Potentiell entsteht dadurch eine ungeheure Umschichtung auf die Selbstverantwortung und Selbsttätigkeit von älteren Menschen, die in begrüssenswertem Kontrast steht zu der traditionellen Abhängigkeit dieser Menschen von der Wohltätigkeit und dem Wohlwollen der sie Pflegenden. Die Frage ist allerdings, wer und was befähigt sie (und ihre Angehörigen) zu diesen schwerwiegenden Entscheidungen bzw. wer positioniert sich auf diesem Markt der Angebote von Dienstleistungen, die die vielleicht doch nicht ganz so autonom artikulierten Bedürfnisse älterer Menschen erfüllen sollten. Nach gegenwärtigen Beobachtungen und Statistiken positionieren sich in diesem Bereich hauptsächlich Mitglieder der sanitären Pflegeberufe und unter ihnen vorwiegend ausländische Arbeitskräfte, die keiner oder nur minimaler Qualitätskontrolle unterstehen. So entsteht in diesem Bereich ein paradoxer Teufelskreis, der allem Anschein nach den Kriterien der Selbstbestimmung entspricht, indem ältere Menschen in stärkerem Masse Initiativen zur

Gestaltung ihres Lebensabends ergreifen können, gleichzeitig aber angewiesen sind auf ein sehr gleichförmiges, vom Markt vorbestimmtes Dienstleistungsangebot, das von Kostenreduzierung geprägt ist und kaum den viel gepriesenen Markt der unbeschränkten Möglichkeiten eröffnet.

Mit diesen Beispielen sollte aufgezeigt werden, welche Spannungen das Verhältnis zwischen lokalen und internationalen Bestimmungsfaktoren in den sozialen Diensten gegenwärtig aufweist und wie die entsprechenden methodologischen Antworten auf diese Herausforderungen auf einer differenzierten Analyse dieser Zusammenhänge zwischen lokalen, lebensgeschichtlich spezifischen Bedürfnissen und transversalen sozialpolitischen Faktoren aufbauen müssen. Es ist völlig unmöglich, Interventionsmodelle aus anderen Kontexten zur Erfüllung dieser Bedürfnisse, unkritisch zu übernehmen – die Soziale Arbeit hat bei diesen Versuchen immer erheblich an Reputation und Glaubwürdigkeit eingebüsst. Gleichzeitig ist es aber unverantwortlich, die entsprechenden methodologischen Lösungen auf lokalisiert auftretende Herausforderungen nur im eng definierten lokalen, regionalen oder nationalen Kontext zu suchen. Die internationalen, transversalen Kontakte und Analysen sind ein unerlässliches Instrument zur klareren Erkenntnis der zugrunde liegenden Tendenzen und Politiken und für den kritischen Umgang mit ihnen. Hier wäre ein ganz neuer Schub an internationaler Zusammenarbeit notwendig, gerade um den lokalen Bedingungen gerecht werden zu können. Vielleicht verhilft gerade diese Tagung zu einem Durchbruch zu einer Erkenntnis dieser Art und ebnet den Weg zu ganz konkreten, unspektakulären aber dafür umso praktischeren Versuchen, die Subjekt- und Personhaftigkeit von Klienten der Sozialen Arbeit wirklich ernst zu nehmen und zur Grundlage aller Interventionen zu machen. An diesem Kriterium scheiden sich wirklich gegenwärtig die Geister.